

# Sächsische Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 144.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers E. A. M. in Halle a. S., Leipzigerstr. 57. Telefon Nr. 192.

Zweite Ausgabe

Druck- und Verlagsanstalt des Verlegers E. A. M. in Halle a. S., Leipzigerstr. 57. Telefon Nr. 192.

Mittwoch, 26. März 1902.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2. Telefon-Nr. VI 11 494.

### Die Unruhen in Russland.

Die neuesten Unruhen in Russland sind gefährdender, als die bis jetzt vorkommenden. Die russische Presse stellt unter der Censur; will sie sich nicht der Konfiskation bzw. Uebersetzung ganzer Seiten mit Druckerzwecken aussetzen, so darf sie uns das bringen, was der hohen Censur genehm ist, und das ist in Bezug auf die gegenwärtigen Unruhen weniger als nichts. Privatmitteilungen aus Petersburg, wo man sich bereits zum Empfang des Herrn Koubet zu rüsten beginnt, lauten denn auch wesentlich anders und zeigen, daß die Studenten mit den Arbeitern gemeinsame Sache machen. Wir entnehmen denselben das Folgende: Schon vor mehreren Wochen wurde eine revolutionäre Kundgebung in der russischen Hauptstadt erwartet. Die strengsten Polizeimaßregeln führten aber zur Verhütung von Abscheu zu Wege. Die letzte Kundgebung war vor zwei gemeinsam handelnden Ausschüssen veranstaltet worden. Der eine bestand aus Studenten, der andere aus Arbeitern. Mehrere tausend Anrufer waren heimlich gedruckt und verteilt worden. Alle, die Freiheit des Wortes, der Presse, der Versammlung und der Reisen verlangen, wurden darin aufgefordert, vor der kaiserlichen Kaiserliche zu erscheinen. Die Offiziere der St. Petersburger Truppen erhielten Mitteilung davon mit der Bitte, die Soldaten nicht die Waffen gegen das Volk gebrauchen zu lassen; die Kundgebung sollte friedlich sein und nur den Zweck haben, die Regierung mit den Forderungen des Volkes bekannt zu machen; man hoffe, daß die Soldaten das unbeneidige und wehrlose Volk nicht anzugreifen würden. Am Schluß wurden die Offiziere aufgefordert, dem Beispiel der Defabrikanten zu folgen, das heißt der jungen Offiziere, die nach dem Tode Alexanders II. den Versuch machten, eine Verfassung zu erlangen. Gegen Mittag begann eine dicke Wolkenschicht sich auf dem Newski-Prospekt zu sammeln und Kundgebungen zu verhindern. Die Polizei war in großer Stärke anwesend. Wo eine rote Fahne aufkiffte oder ein aufrührerischer Schrei hörbar wurde, griff die Polizei ein und schlug rechts und links, nicht mit flacher Klinge ein. Sehr viele Männer, Frauen und Kinder wurden verundet, und man kann kaum bezweifeln, daß mehrere auch getötet wurden. Die Angegriffenen leisteten keinen Widerstand; in einigen Stunden war die Ordnung wieder hergestellt. Bemerkenswert ist die sehr zahlreiche Teilnahme der Arbeiter an der Kundgebung. Wie bei den Unruhen in Moskau, Kiew, Odessa und anderen Orten, machten sie mit den Studenten gemeinsame Sache. Eine große Zahl von Studenten und anderen revolutionärer Gesinnung Verdächtigen war in den letzten Tagen verhaftet und verurteilt worden; viele andere wurden jetzt verhaftet. Es scheint, daß die revolutionäre Bewegung in Petersburg nicht die Ausdehnung gewonnen hat, wie in anderen Teilen Russlands. Bemerkungswürdig ist ferner, daß sich in verschiedenen Gegenden ein Vertrauensschwund verbreitet, daß in dem industriellen Zula die Soldaten sich weigern, auf einige Ausländer der dortigen Geschäftswelt zu feuern, und als der Offizier, um seinem Befehl Gehorsam zu erzwingen, einen Interferenz niederlegt, gemeinert haben. Es heißt, ein Grenadier-Regiment sei aus Moskau verlegt worden, da man zweifle, ob es, falls nötig, auf das Volk feuern werde. Hofman am Don war der Schauplatz einer großartigen Kundgebung, die friedlich verlief, da die Polizei nicht stark genug zum Eingreifen war. Die bezeichnendste der Aufhebungen aber war die, welche sich vor 14 Tagen in Wolgograd ereignete. Wolgograd ist ein kleiner stiller Ort von keiner besonderen Bedeutung unweit Kiew. Es gibt dort weder eine Universität noch Fabriken, und Wolgograd ist so eine der Städte Russlands, von denen man am wenigsten eine Teilnahme an einer solchen Bewegung erwarten kann. Vor einigen Wochen aber kam es zu Unruhen im Theater. Während einer im Halbdunkel gespielten Scene des Stückes „Die Nacht der Fünftens“ ertönten plötzlich die Ausrufe: „Lang lebe Zolotoff“ und „Nieder mit dem Despotismus!“ und andere revolutionäre Hufeisungen. Es wurden mehrere Bekanntschaften vorgenommen und die Verhafteten ins Gefängnis gebracht. Dort gelang es diesen, die anderen Gefangenen zum Ausbrechen zu bewegen, was nach Ueberwindung der Wächter und dem Durchbruch der Fenster auch glückte.

Es ist ferner ein frohes, freudiges Osterfest, das dem Selbstherrschler oder Neuen in diesem Jahre beschieden ist. Nikolaus II. ist kein Herrscher von Energie und Willenskraft; ein Träumer auf dem Zarenthron, beschäftigt er sich unaufrichtig mit Plänen oder Mitleidlichkeit, ohne auch nur einen einzigen zu verwirklichen. Wie er mit weitlicher Wehmuth und Negation die Meldung von dem Kaiserlichen Landesverrat hinnaß und zu dem General Ferkelmann nur die wenigen Worte zu sagen wußte: „Was nützen mir Deine schönen Pläne, wenn sie Deine Leute schon jetzt dem Tode verurteilen“, so wird er auch die Kunde von der revolutionären Bewegung ruhig hinnehmen. Was die Regierung thun wird, ist schwer zu sagen. Wahrscheinlich wird sie doch wieder zum Polizeischreien greifen. Da aber die als Korrektd dienenden positiven Maßregeln zur Verbesserung der verlotterten Verwaltung ohne Zweifel ansetzen werden, so wird die revolutionäre Strömung immer stärker answellen und schließlich die Regierung überfluten.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 26. März.

\* Aus der Vorgeschichte der Münchener Juristenfakultät erzählt die „Kreuzzeitung“. Die Erweiterung der Münchener Akademie zu einer Universität hat schon Ende der sechziger Jahre der damalige Oberpräsident von Kärnten geplant. Die Wichtigkeit dieser aber hauptsächlich am Absterben des Centrums, welches den konfessionell-katholischen Charakter der Akademie in zahlreichen Veröffentlichungen nachzuweisen und ein bischöfliches Oberaufsichtsrecht über dieselbe zu begründen suchte. Es war ja ausgeschlossen, daß der Staat an einer seiner Universitäten eine katholisch-juristische Fakultät begründete, und der Minister Studt hat im Abgeordnetenhaus auch ausdrücklich die Konfessionslosigkeit der Universität betont. Zweifellosgelährlich hauptsächlich das Verdienst, diesen Weg geebnet und die Absichten des Centrums zu verwirklichen zu haben. Dazu kam die Berücksichtigung der Interessen der Fakultät und seiner Provinzialaufsicht. Bestanden ist eine der feuergefährlichsten und volkreichsten Provinzen der Monarchie, aber neben Polen und Westpreußen die einzige, welche keine Universität besitzt. Eine solche Zurücksetzung war, wenn man gerecht sein wollte, auf die Dauer nicht haltbar, und gerade in Berücksichtigung dieser Umstände wird der Bischof Dingeldey die Absichten, welche früher vom Münchener bischöflichen Stuhl gegen die Ausgestaltung der Akademie erhoben worden, haben zurücktreten lassen und so auch den Centrumsmitgliedern die Annahme der Vorlage ermöglicht haben.

\* „Eine Vorgeschieht.“ Einen neuen Fall hat die „Germania“ entdekt. Nämlich den „Fall Reunendorf“. Die Angelegenheit ist unter dem sympathischen Titel „Eine Vorgeschieht“ auch hier und da von freimüthigen Vätern berührt worden, und da sie von den verbündeten Polen und Meritalen aufwendend um jeden Preis zu einer Dauer- und Staatsaktion ausgebaut werden soll, sei sie hiermit auch an dieser Stelle vorgetragen. Als vor zehn Tagen erzählte bei den Unterhaltungen zum Auswärtigen Herrn von Gartmann, nach dem Strafen des Reiches der Herrschaft von Kärnten.

Bei Reunendorf hat die Wälderbesitzerin Frau Jonas eine Abzweigung eröffnet mit der Anordnung, daß bis zum Sonntag des verflochten Jahres gegen fünf drei junge Damen mit höherer Bildung und aus den besseren Ständen der dortigen Stadt nach der Wälder, um zu haben. Ein paar Minuten nach 12 Uhr kam nun der Kreisjagdinspektor Reunendorf, seinem Sohn, der vor kurzem das Naturwissenschaften gemacht haben soll, und ummittelbar davor, daß die Abzweigung noch verflochten war, sprach er mit Gewalt auf, nahm die Stellungsbildung der jungen Damen und brachte sie auf eine unweit gelegene Wälder, jedoch diese armen Wesen genötigt waren, in dem Wälder der Stammutter des vorläufigen Schicksals bei den Herren vorüberzugehen und unter freiem Himmel sich anzuheben. So viel ist bekannt ist aus dem Briefe eines Verwandten, der sich in der Wälder befindet, daß dieser jungen Damen eine Wälderbesitzerin der Regierung eingereicht, über die Regierung aber äußerst human; sie schickte einen Kommissar, um die Zurücklegung der Sache zu betreiben, und der Kreisjagdinspektor soll heute noch an Ort und Stelle sein. Wenn es darauf ankommt, kann ich die Namen nennen; ich thue es nur nicht mit Rücksicht auf die Damen, es geht heute noch unangenehm ist, daß so was in der Welt geht.

Reunendorf — damals noch Ministerialdirektor Kübler — nahm daraufhin sofort das Wort, um das Haus zu bitten, die Mittelungen Gartmanns mit einiger Rücksicht aufzunehmen. Herr Dr. Kübler erklärte, daß „der Fall natürlich in keiner Weise“ hier bekannt sei; er selbst wisse nicht, daß er sich „auch gar nicht in ähnlicher Weise“ geäußert haben werde. „Die Kreisjagdinspektor“ — folch Ministerialdirektor Kübler, „sind die bestbehafteten Leute von polnischer Seite, die wir in den östlichen Provinzen haben; es wird ihnen alle Augenblicke etwas am Henge zu finden gemacht, was sich später nie bewahrheitet.“ „Dann kam die Sache selbstverständlich nicht erledigt sein“, erklärt heute nach die „Germania“. Darauf erwidert aber die „Ztg. Böhm.“, durchaus betreffend das Folgende:

Über Reunendorf, das soll sie ja auch gar nicht. Und das wird sie auch nicht. Nur vor dem zweiten Anlauf, dem unbeschämten ins Wälder hinein, wollte Herr Präsident Kübler gewahrt haben. Erst die Sache unterrichten, dann sich entschließen und „Hilfe“ konsultieren. Daß ein Herr, der als Vater mit dem Sohne dieser karmosin Wälder, nicht erst zum Kreisjagdinspektor geeignet ist, besteht sich am Wälder. Aber vorläufig wird man gut thun, sich an Dr. Küblers Rath zu halten und den „Fall Reunendorf“ oder die „Vorgeschieht“ mit einiger Vorsicht aufzunehmen.

\* Zu Nürnberg wird sich die Feier des fünfundsanzwanzigjährigen Bestehens des Germanischen Museums am 1. April abzuwickeln. Der „Allg. Ztg.“ wird dazu geschrieben:

„Einladungen sind vom Prinz-Regenten in Allerhöchster Gütigkeit an das Deutsche Kaiserpaar, den Kaiser von Österreich, die Könige von Sachsen und Württemberg und den Großherzog von Baden ergangen. In besonderem Maße schreiben hat der Kaiser und die Kaiserin die Einladung angenommen. Das kirchliche Schreiben enthält den Dank für die liebenswürdige Einladung, und gebt mit warmem Interesse der herabzogenen Entwidlung, die das Institut genommen. Weiter wird, wie man hört, in dem Hamb-

schreiben darauf Bezug genommen, wie Nürnberg mit der Geschichte des preussischen Königshauses verbunden ist, und daß die Nürnberger Feier das Können der deutschen Stämme bekunde, wie sie, ein hohes Ziel ins Auge fassend, in geeigneter Kraft zusammenwirken. Das Schreiben der Kaiserin gibt in gleich herzlicher Weise der Feinde der hohen Feiern auf die Feiern Ausdruck und ihren lebhaften Interesse für das Germanische Museum. Der Gauspater der Feiern ist der 16. Juni. Weist es bei den bisherigen Anordnungen, dann wird an diesem Tage Prinz-Regent Luitpold aus München in Nürnberg eintreffen, um seine hohen Gäste bei ihrer Ankunft zu begrüßen. Zunächst wird dann eine Parade der Nürnberger und kaiserlichen Garde stattfinden. An der Parade wird auch das kaiserliche 6. Infanterie-Regiment teilnehmen, dessen Anführer der Kaiser ist. Der Kaiser hat in seinem Schreiben der besonderen Feinde Ausdruck gegeben, die Truppenstärke der kaiserlichen Armee bei der Feiern zu sehen. Nach der Parade wird das Museum besichtigt. Nach der Besichtigung des Museums, der eine längere Zeit gedauert ist, findet in Anwesenheit des Prinz-Regenten und seiner hohen Gäste die Aufhebung der Hans Sachs-Festschleife statt.“

\* Das Kaiserpaar unternahm am Montag nach dem Besuch des Kaisers des Prof. Oberlein die Promenade im Thiergarten. An der Abendstunde nahmen die in Berlin anwesenden Prinzessinnen theil. Dienstag Morgen sprach der Kaiser bei dem Hofkaplan v. Söggreny-Wald vor, um persönlich seiner Theilnahme an dem Anstehen des Koloman Tisza Ausdruck zu geben, und um nach dem dem gewöhnlichen Spaziergang im Thiergarten und hatte eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes. Von 10 Uhr ab hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Präsidiums des Reichsmilitärgerichts, Generals der Infanterie Frhrn. von Gemmingen, des Chefs des Militär-Kabinetts, des Chefs des Admiralsstabes und des Chefs des Marine-Kabinetts.

\* Die diesjährige Nordlandsfahrt des Kaisers wird schon jetzt vorbereitet. Der strenge „Nymph“ wurde zum Begleiterschiff der „Bochensollern“ bestimmt.

\* Die Beilegung der Leide der Fürstin-Mutter von Bielefeld am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr auf dem Friedhofe in Wroslawitz.

\* Der deutsche Reichstag in Wuppertal, Herr zu Eulenburg, hat im Auftrag des Kaisers dem Grafen Siegen Tisza folgendes Beileidsschreiben zugehen lassen: Seine Majestät der deutsche Kaiser, mein Allergnädigster Herr, haben mich beauftragt, Ihre Hochbeten den Ausdruck der herzlichsten Theilnahme an dem schweren Verlust zu übermitteln, den Sie erlitten. Seine Majestät erwidern sich der großen Verdienste des Dahingegangenen um sein Vaterland und sehen darin einen erhebenden Trost für seine Witwe und Hinterbliebenen.

\* Wälderhof Graf Wälder ist aus Rom in Wälder eingetroffen. Derselbe hatete nach seiner Ankunft dem Reichstag Grafen Wälder einen Besuch ab.

\* Vernehmlichungen. Die Kaiserin Wittwe von Rußland hat auf der Reise von Petersburg nach Warschau in Kopenhagen am Montag mittels Grafen von Eulenburg die preussische Königin passiert. — Prinzessin Heinrich von Preußen ist am Montag zum Besuch des Prinzen Waldemar in Kopenhagen anwesend. In Dresden sind eingetroffen: — Landesgerichtsdirektor Dr. Schulz in Kassel ist zum ersten Staatsanwalt beim Landgerichte in Berlin ernannt worden. — Der Polizeidirektor des Kaiserpalastes in Wälder ist mit längerem Aufenthaltsurlaub in Deutschland eingetroffen. Gegenwärtig weilt er zum Besuch bei Verwandten in Wälder; in den nächsten Tagen wird er nach Berlin kommen, um Bericht zu erstatten.

\* Die diesjährige Generalversammlung des Germanischen Bundes wird in Gagen in Westfalen tagen. Wegen der Zeit sind noch Verhandlungen im Gange, da begründete Wünsche von verschiedenen Seiten vorliegen, die in den letzten Jahren für die Generalversammlung gewählte erste Oberbehörde als weniger geeignet angesehen, und die Veranstaltung mehr der eigentlichen Weisheit anzusehen. Da selbstverständlich zeitliche Verhältnisse stets mit in Anschlag kommen, so ist die Frage, ob die vorgeschlagene zweite Hälfte des Monats August B. B. angenommen wird, noch nicht entschieden. In Gagen, bei der Bevölkerung zu zwei Dritteln wälderisch ist, wurde die Nachricht von der bevorstehenden Ausfahrt zum Ganten der Stadt gefälligen Einbürgerung unter den Ewälderigen freudig aufgenommen.

\* Finanzlage und Steuerfragen. Ueberblickt man die Reichsrechnungen-Ergebnisse, wie sie für die ersten elf Monate des laufenden Finanzjahres vorliegen, so wird man finden, daß sich fast in allen der Reichsstämme verlebenden Einnahmen die Voraussetzungen des Reichsfinanzamtes als verlässlich erweisen über das vermittelte Endergebnis des Reichsfinanzamtes befähigen dürfen. Die finanziellen Beziehungen der Einzelstaaten zum Reiche werden sich infolge der inzwischen eingetretenen Erhöhung der Zolleinnahmen nicht ganz so schlecht gestalten, als früher angenommen wurde. Da aber die Ueberweisungen immer noch über zehn Millionen Mark hinter dem Etatsansätze zurückbleiben werden, dürfte auch für die Einzelstaaten der Antrieß, sich nach neuen Einnahmewellen umsehen, bald in verstärkter Weise sich geltend machen. Dies wird umso mehr der Fall sein, wenn nach der Klärung des Centrums-Beschlusses auf das Weisreinkommen aus den landwirtschaftlichen Böden gelegt werden sollte. Dann müßte aber Ertrag durch Eröffnung neuer Steuerquellen geschaffen werden. Für Preußen ergibt sich vom Standpunkte ausgleichender Gerechtigkeit die Forderung der Fortführung der Progression über 4 pCt. und 100 000 Mk. hinaus. Mit Recht wird darauf verwiesen, daß, wenn man sich entschließt, die Progression fortzuführen, es nahe liegt, an den konstanten Voranschlag von 1891 anzuschließen und damit bis zu 5 pCt. bei-







